

# Für Klimaschutz, gegen Freiheitsbeschränkung Proteste während der Covid-19-Krise in Deutschland

Endre Borbáth

**Summary:** Despite the pandemic-related restrictions on public gatherings in Germany, the willingness to hold political demonstrations has not diminished during the Corona crisis. The high participation rates show that protest is no longer just an instrument of the young and marginalized. However, there are differences in who protests for which issue: while demonstrations for climate justice are dominated by politically well-represented insiders, political outsiders predominate in demonstrations against freedom restrictions.

**Kurz gefasst:** Trotz der pandemiebedingten Versammlungsbeschränkungen in Deutschland hat in der Corona-Krise die Bereitschaft zu politischen Demonstrationen nicht nachgelassen. Die hohen Teilnahmequoten zeigen, dass der Protest nicht mehr nur ein Instrument der Jungen und der Randgruppen ist. Allerdings gibt es Unterschiede darin, wer für welches Thema protestiert: Während die Demonstrationen für Klimagerechtigkeit von politisch gut repräsentierten Insidern dominiert werden, überwiegen bei den Demonstrationen gegen die Freiheitsbeschränkungen die politischen Outsider.

Trotz der Versammlungsbeschränkungen im öffentlichen Raum hat im vergangenen Jahr sowohl bei den Klimagerechtigkeits- als auch bei den Corona-Demonstrationen eine erhebliche Protestmobilisierung stattgefunden. Oft füllten kurz nacheinander sehr unterschiedliche Menschenmengen die Straßen, um ihren politischen Forderungen Ausdruck zu verleihen. Andere Proteste wurden online abgehalten, in Form von Petitionen, politischen Online-Diskussionen oder sogar Online-Demonstrationen.

In der politischen Partizipationsforschung wurde Protest lange Zeit als „unkonventionelle“ Form der Beteiligung bezeichnet, mit der sich besonders gesellschaftliche Randgruppen und nicht repräsentierte Bürger Gehör verschaffen. Aus dieser Perspektive ist die Protestbeteiligung eine Alternative zum Wählen. Tatsächlich zeigen jedoch die meisten Studien zur individuellen Protestbeteiligung, dass Protest keine Alternative, sondern eine Ergänzung zur Wahlbeteiligung darstellt. Mit anderen Worten: Diejenigen, die in Westeuropa an Demonstrationen teilnehmen, Petitionen unterzeichnen, Produkte boykottieren, sich online mobilisieren oder sich anderweitig an alternativen Protestformen beteiligen, sind überwiegend politische Insider, die auch zur Wahl gehen. Gleichzeitig zeigt die Forschung einen Trend hin zu geringeren soziodemografischen Unterschieden zwischen Protestteilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden. Zwar bleiben einige Generations- und Bildungsunterschiede bestehen, doch wird Protest im Laufe der Zeit immer weniger nur von jüngeren und weniger gebildeten Menschen ausgeübt – die Protestierenden werden älter und gebildeter. Gleichzeitig gibt es nach wie vor Unterschiede zwischen Protestteilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden: Diejenigen, die protestieren, haben tendenziell weniger Vertrauen in den Staat, sind überwiegend links eingestellt und gehören häufiger zivilgesellschaftlichen Organisationen an. Sie repräsentieren den politisch interessierten und aktiveren Teil der Gesellschaft.

Diese sogenannte Konventionalisierung ist aber nur ein Teil der Entwicklung der Protestlandschaft in Europa. Ein anderer, oftmals weniger beachteter Trend deutet auf eine immer stärkere Differenzierung der Protestierenden je nach Forderung und Thema hin. Die Zunahme von Protesten und ihre wachsende Akzeptanz als legitime Form der politischen Beteiligung heißt daher nicht zwangsläufig, dass sich die Protestierenden alle gleichen. Im Gegenteil: Auch wenn der Protest als Partizipationsform zu einem akzeptierten Teil des Partizipationsrepertoires von Bürgern und Bürgerinnen geworden ist und von ihnen gleichermaßen genutzt wird, um unterschiedliche Forderungen auszudrücken, unterscheiden sich die Teilnehmenden sehr grundsätzlich je nach dem Ziel, für das sie sich einsetzen.

Ein Blick auf diese Differenzierung lohnt sich, denn es zeichnet sich innerhalb der Gruppe von Protestierenden eine zunehmende Kluft zwischen politischen Insidern und Outsidern ab, die quer zu den Unterschieden zwischen Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden verläuft. Die Kluft zeigt sich vor allem in Bezug auf politisches Vertrauen, Ideologie und Mitgliedschaft in Organisationen, steht aber auch in Zusammenhang mit Einstellungen zur Demokratie und zur Parteizugehörigkeit. So haben politische Outsider deutlich weniger Vertrauen in den Staat, sind weit rechts, gelegentlich sogar radikal rechts eingestellt, sind nicht in gesellschaftliche Organisationen eingebunden, gehen nicht wählen

oder wählen Parteien, die der Opposition angehören. Die Pegida-Demonstrationen sind ein Beispiel für den Protest von politischen Outsidern in den letzten Jahren. Bisher wurde ein Außenseitertum in der Regel mit „Ausstieg“ statt mit „Stimme“ assoziiert. Doch mit zunehmender Normalisierung und Verbreitung des Protests könnten sich politische Outsider zukünftig immer häufiger für den Protest als Alternative für das von ihnen selten genutzte Instrument des Wählens entscheiden, um ihre Mitbürger und Mitbürgerinnen für ihre Anliegen zu mobilisieren.

Die Proteste während der Corona-Krise unterstreichen die zunehmende Kluft innerhalb der Gruppe der Protestierenden. Als die Krise ausbrach, war die Protestmobilisierung in Deutschland von der Klimafrage dominiert – so sehr, dass 2019 gelegentlich als das „Jahr des Klimabewusstseins“ bezeichnet wurde. Doch dann kamen der Lockdown und mit ihm die pandemiebedingten Einschränkungen, das Abstandsgebot und die Erschwerung beziehungsweise das Verbot von öffentlichen Versammlungen im öffentlichen Raum. Man hätte also erwarten können, dass die Krise jede politische Beteiligung lahmlegen würde. Tatsächlich jedoch lösten die Beschränkungen neue Unmutsbekundungen rund um die Themen Gesundheitspolitik und wirtschaftliche Unterstützung aus. Kundgebungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit verlagerten sich allmählich von Solidaritätsbekundungen mit der medizinischen Community hin zum Widerstand gegen die zum Infektionsschutz eingeführten Freiheitsbeschränkungen. Kundgebungen mit wirtschaftlichen Themen reichten von Forderungen nach finanzieller Unterstützung durch den Staat bis hin zu Forderungen nach einer Lockerung des Lockdowns und der Wiedereröffnung von Unternehmen. Inwieweit der Ausbruch der Pandemie die Mobilisierung für Klimagerechtigkeit langfristig geschwächt und Gesundheitsthemen nachhaltig auf die Tagesordnung von Protesten gesetzt hat, ist angesichts der besonderen Situation noch nicht beantwortbar.

Um die politische Partizipation seit dem Ausbruch der Covid-19-Krise in Deutschland zu untersuchen, führten wir im Forschungsprojekt „Potenziale der Zivilgesellschaft: Solidarisches Verhalten bei der Krisenbewältigung“ eine Panelerhebung durch. Die Datenerhebung fand in zwei Wellen im Herbst 2020 und im Frühjahr 2021 statt. Um den Zusammenhang von politischen Themen und politischer Partizipation zu untersuchen, fragten wir nicht nur nach den Formen der Beteiligung, sondern auch nach dem jeweiligen politischen Anliegen. Die Ergebnisse zeigen ein vergleichsweise hohes Beteiligungsniveau: 56 Prozent der Befragten hatten sich während der Krise in irgendeiner Form politisch engagiert. Anders als die starke Medienberichterstattung über Anti-Corona-Proteste vermuten ließ, machten sie nur 24 Prozent der Proteste aus. Hingegen engagierten sich die meisten politisch Aktiven für den Klimaschutz (42 Prozent) und gegen Rassismus (35 Prozent). Bei den Formen dominierten Online-Postings oder die Unterzeichnung einer Petition, aber ein Teil der Befragten (12 Prozent) nahm auch an Offline-Veranstaltungen teil, zum Beispiel an Demonstrationen. Sowohl die Themen als auch die Formen des Engagements blieben zwischen den beiden Wellen der Datenerhebung weitgehend stabil.

Im Sinne der Konventionalisierungshypothese stellen wir fest, dass das politische Engagement nur begrenzt mit soziodemografischen Unterschieden erklärt werden kann. Die, die sich beteiligen, sind im Vergleich zu Nichtteilnehmenden eher Mitglieder in zivilgesellschaftlichen Organisationen, wählen eine Partei, stehen dem Staat eher misstrauisch gegenüber und sind ideologisch eher links eingestellt. Jedoch sind in der Gesamtgruppe der Engagierten diejenigen, die sich regelmäßig beteiligen, ideologisch eher auf der rechten Seite angesiedelt als die Nicht-Teilnehmenden.

Das letztgenannte Ergebnis zeigt, wie wichtig es ist, den thematischen Kontext des Engagements zu untersuchen. In diesem Zusammenhang beobachteten wir im Sinne der Differenzierungshypothese zwei klar unterscheidbare Gruppen von Teilnehmenden: politische Insider und politische Outsider. Das Engagement der politischen Insider konzentriert sich hauptsächlich auf den Klimaschutz, gelegentlich kombiniert mit Antirassismus. Diejenigen, die sich für diese Themen engagieren, sind politisch interessiert, vertrauen dem Staat, stehen ideologisch



Andre Borbath ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Politische Soziologie der Freien Universität Berlin und Gast im Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. (Foto: David Ausserhofer)

[andre.borbath@wzb.eu](mailto:andre.borbath@wzb.eu)

links, fühlen sich durch die Grünen und die SPD vertreten, sind Mitglieder in zivilgesellschaftlichen Organisationen und haben sich schon vor der aktuellen Krise ehrenamtlich engagiert.

Das Engagement der politischen Outsider konzentriert sich hauptsächlich auf den Protest gegen die Freiheitsbeschränkungen, gelegentlich auch auf Forderungen nach wirtschaftlicher Unterstützung. Die, die sich in diesen Bereichen engagieren, sind ebenfalls politisch interessiert, haben aber kein Vertrauen in den Staat, sind ideologisch eher rechts orientiert, identifizieren sich mit keiner der parlamentarischen Parteien und haben sich vor der Krise seltener ehrenamtlich engagiert, obwohl sie auch Mitglieder in zivilgesellschaftlichen Organisationen sind.

Aber folgt das Engagement von politischen Insidern und Outsidern festen Überzeugungen oder verändert es sich mit wechselnden politischen Einschätzungen? Das Paneldesign ermöglicht es uns, über eine Momentaufnahme individueller Unterschiede hinauszugehen und zu untersuchen, inwieweit sich das Engagement als Reaktion auf sich ändernde politische Bewertungen im Laufe der Zeit entwickelt. Angesichts der stets kurzfristig umgesetzten politischen Maßnahmen zur Krisenbewältigung bietet die Covid-19-Pandemie einen idealen Kontext, um diese Frage zu untersuchen. In dieser Hinsicht beobachten wir die stärksten Auswirkungen bei veränderten Bewertungen von Freiheitsbeschränkungen: Diejenigen, die sich für die Stärkung bürgerlicher Freiheiten engagieren, halten die pandemiebedingten Beschränkungen für zu weitreichend; dagegen gehen den Klimaschützern und Klimaschützerinnen die pandemiebeschränkten Maßnahmen nicht weit genug.

Insgesamt lässt sich ein hohes Maß an politischem Engagement während der Covid-19-Krise in Deutschland feststellen. Zwar findet ein Großteil des Engagements online statt, doch hat die Krise nicht zu einem Stillstand des Offline-Engagements geführt. Der Klimaschutz, ein Thema, das schon länger in der Protestarena präsent ist und bereits vor der aktuellen Krise hohe Beteiligungsraten verzeichnete, dominiert weiterhin. Die Beteiligung wird durch die neuen Themen weiter belebt und mobilisiert politische Outsider zum Protest gegen die Freiheitsbeschränkungen. Die Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Covid-19-Krise ergriffen wurden, haben die beiden Communities weiter polarisiert, indem sie den Protest sowohl von politischen Outsidern als auch von politischen Insidern mobilisierten. Eine interessante weiterführende Forschungsfrage könnte sein, wie die einzelnen Teilnehmenden organisatorisch eingebunden sind und wie verschiedene Bewegungen Allianzen mit anderen Bewegungen oder gelegentlich mit politischen Parteien eingehen, um einige dieser Konflikte in die institutionelle Arena zu tragen. Wie unsere Ergebnisse zeigen, bleibt der Protest ein wichtiger Ort der Auseinandersetzung, der neue Themen und Teilnehmende integrieren kann, selbst in Krisenzeiten, wenn andere Möglichkeiten, politische Forderungen zu äußern, begrenzter sind.

#### **Literatur**

Hutter, Swen/von Scheve, Christian/Specht, Jule. *Potenziale der Zivilgesellschaft: Solidarität in der Coronakrise*. 2020. Online: <https://solziv.blog/> (Stand 10.11.2021).

Rucht, Dieter/Neidhardt, Friedhelm: „Towards a ‚Movement Society‘? On the Possibilities of Institutionalizing Social Movements“. In: *Social Movement Studies*, 2002, Jg. 1, H. 1, S. 7–30. DOI: 10.1080/14742830120118873.